Streitgespräch

„Lieber hanseatische Kauffrau als schwäbische Hausfrau“

4. Juli 2025, 13:09 Uhr | Lesezeit: 7 Min.

1 Kommentar

FISCAL FUTURE
Junge Menschen für eine zukunftsfähige Finanzpolitik

Sie haben sich Zeit für ein Streitgespräch genommen: Ann-Cathrin Simon von der Jugen Union und SPD-Mitglied Carl Mühlbach, beide unter 30.
(Foto: REGINA SCHMEKEN)

Politiker reden gerne über Generationengerechtigkeit. Aber was hält die junge Generation eigentlich selbst für gerecht? Ann-Cathrin Simon und Carl Mühlbach haben da sehr unterschiedliche Ansichten. Ein Streitgespräch.

Interview von Claus Hulverscheidt

Artikel anhören

Merken Teilen Feedback Drucken

ANZEIGE

5 stories from „The Atlantic“
Jede Woche fünf Original-Texte, auch als Newsletter.
Jetzt lesen
Süddeutsche Zeitung

Ann-Cathrin Simon und Carl Mühlbach sind fast gleich alt – und könnten politisch doch kaum unterschiedlicher ticken: Simon, 28, ist Juristin bei einer Bank, stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union und fürchtet, dass ihre Generation einmal den Schuldenberg wird abtragen müssen, den der Bund über Jahrzehnte aufgetürmt hat. Mühlbach, 29, engagiert sich in der SPD und ist Geschäftsführer der überparteilichen Initiative Fiscal Future, die sich für eine zukunftsgerechte Finanzpolitik einsetzt. Seine Sorge: Wird jetzt nicht, auch auf Pump, in großem Stil investiert, werden die Kinder und jungen Erwachsenen von heute in einem kaputtgesparten Land leben müssen. Simon und Mühlbach kennen, mögen und duzen sich. Und man kann sagen, dass die Welt eine bessere wäre, wenn alle Menschen so miteinander diskutieren würden wie die beiden: hart in der Sache, aber immer voller Respekt und gegenseitiger Wertschätzung.

SZ: Frau Simon, Herr Mühlbach, eigentlich müssten Sie beide glückliche Menschen sein.

Ann-Cathrin Simon: Grundsätzlich sicher ja, aber wie kommen Sie darauf?

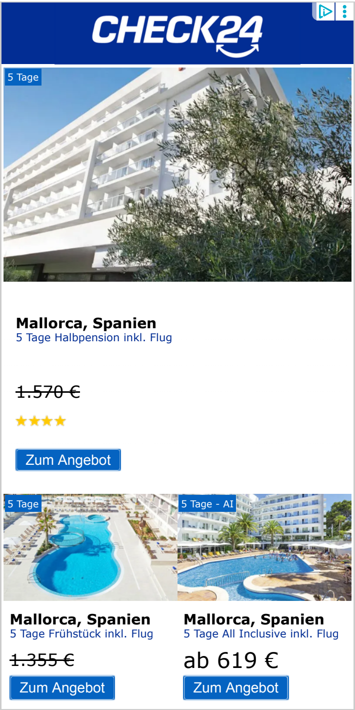
Jeden zweiten Tag fordert irgendein Polit-Promi mehr Generationengerechtigkeit und warnt davor, die Lasten von heute auf die Kinder und Enkel abzuschieben. Da sind Sie doch in besten Händen.

Carl Mühlbach: Es ist gut, dass über das Thema gesprochen wird. Noch besser wäre es, wenn weniger *über* und mehr *mit* uns gesprochen und dann auch im Interesse junger Menschen gehandelt würde.

Welche Lasten, die da auf Sie zurollen, machen Ihnen am meisten Angst?

Ann-Cathrin Simon: Wir leben in einer völlig anderen Welt als die Generation unserer Eltern. Der Frieden ist nicht mehr sicher, weshalb wir meines Erachtens zurück zur Wehrpflicht müssen. Der Klimawandel ist eine riesige Herausforderung, die Bildung und der Wirtschaftsstandort sind in keinem guten Zustand. Das vielleicht größte Problem ist aber das umlagefinanzierte Rentensystem, das immer weniger junge Menschen dazu zwingt, immer mehr älteren Menschen ein auskömmliches Alterseinkommen zu finanzieren. Das kann und wird so nicht überleben.

ANZEIGE



CHECK24

5 Tage

Mallorca, Spanien
5 Tage Halbpension inkl. Flug

~~1.570 €~~

★★★★

Zum Angebot

5 Tage

Mallorca, Spanien
5 Tage Frühstück inkl. Flug

~~1.355 €~~

Zum Angebot

5 Tage - AI

Mallorca, Spanien
5 Tage All Inclusive inkl. Flug

ab 619 €

Zum Angebot

Zur Rente kommen wir noch. Aktuell wird ja vor allem darüber gestritten, ob man Ihrer Generation lieber hohe Schulden oder eine kaputte Infrastruktur hinterlassen sollte. Die neue Regierung will nach langem Sparkurs jetzt rund 850 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen, um marode Schulen und Brücken zu sanieren und die Bundeswehr besser auszustatten. Zufrieden, Herr Mühlbach?

Carl Mühlbach: Wenn das jetzt alles gut organisiert wird und die Kredite tatsächlich in die Modernisierung des Landes fließen, dann bin ich in der Tat zufrieden.

Junge Menschen
für eine zukunftsfähige
Finanzpolitik

Carl Mühlbach ist Geschäftsführer der überparteilichen Initiative Fiscal Future.
(Foto: REGINA SCHMEKEN)

Auch die sinnvollsten Investitionen erhöhen aber den Schuldenberg, wenn sie auf Pump getätigt werden. Allein die Zinskosten dürften sich bis 2029 auf 60 Milliarden Euro pro Jahr verdoppeln. Fürchten Sie nicht, dass diese Kosten Ihre Generation irgendwann erschlagen werden?

Carl Mühlbach: Sie haben recht: Das wird nicht billig. Wenn wir aber wieder intakte Straßen und Schienen haben, auf denen Personen und Güter günstig von A nach B kommen, wenn wir gute Schulen haben, die die Fachkräfte von morgen ausbilden, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen gut sind, dann werden wir die Zinskosten über mehr Wachstum und steigende Steuereinnahmen mehr als wieder reinholen.

Klingt großartig, Frau Simon, oder?

Ann-Cathrin Simon: Klingt großartig – wenn es denn so wäre. Wir leben aber nun einmal in der Realität. Uns fehlen Lehrer, uns fehlen Fachkräfte, selbst wenn wir unendlich viel Geld drucken könnten, würde es allein wenig bewirken. Schau Dir doch mal Länder wie Frankreich oder die USA an, Carl, die sich scheinbar grenzenlos verschulden: Die USA geben mittlerweile mehr für Zinsen aus als für ihr Militär. Was wir in Deutschland gerade tun, ist eine riesige Wette: Kann klappen, kann aber auch richtig schiefgehen. Und dann bleiben wir Jungen auf dem Einsatz sitzen.

Deutschland hat unter den großen Industrieländern die mit Abstand niedrigste Schuldenquote. Ist die ständige Warnung vor Überschuldung und die Glorifizierung der schwäbischen Hausfrau nicht eher Ausdruck deutscher Spießigkeit?

Ann-Cathrin Simon: Ich komme aus Baden-Württemberg, einem Land, das gut dasteht. Die schwäbische Hausfrau scheint also ganz gut zu wirtschaften. Natürlich brauchen wir Klimaschutz, gute Schulen und eine funktionierende Infrastruktur. Wir dürfen aber nicht den zweiten Schritt vor dem ersten gehen. Also: Bevor wir uns Geld leihen, sollten wir nach Sparmöglichkeiten suchen. Stichwort: Bürgergeld, Migration, Sozialsysteme.

Carl Mühlbach: Ich stamme ja aus Bremen, dem Bundesland mit der zweithöchsten Wirtschaftsleistung pro Kopf. Vielleicht sollten wir uns anstelle der schwäbischen Hausfrau einmal die hanseatische Kauffrau zum Vorbild nehmen, die nicht nur spart, sondern auch Geld in die Hand nimmt und investiert. Und Stichwort Bürgergeld: Wenn Menschen arbeitslos sind oder aufstocken müssen, dann ist das in vielen Fällen kein individuelles Versagen, sondern Systemversagen. Wir brauchen deshalb keine Leistungskürzungen, sondern bessere Bildung, gute Schulen und einen höheren Mindestlohn, weil viele trotz harter Arbeit ihr Einkommen mit Bürgergeld aufstocken müssen.

Ann-Cathrin Simon: Nicht wenige Menschen nutzen das System aber auch aus. Da kann man den Ehrlichen im Land nicht einfach sagen: Macht Euch mal locker! Das versteht die arbeitende Mitte nicht – und zwar zurecht.

Carl Mühlbach: Es gibt in der Tat einige, die das System ausnutzen. Da denke ich zum Beispiel an Menschen, die in großem Stil Steuern hinterziehen. Oder an solche, die keinen Handschlag tun müssen, weil sie Unsummen steuerfrei geerbt haben.

Ann-Cathrin Simon: Wenn es Ungerechtigkeiten bei der Erbschaftsteuer gibt, dann müssen wir die beseitigen. Aber nicht, indem wir Erben von Familienunternehmen höher besteuern. Wir dürfen diese Firmen nicht in ihrer Substanz beschädigen, denn wir werden sie brauchen, um unsere Arbeitsplätze und die Produkte von morgen zu schaffen. Die Politik wird diese Produkte nicht erfinden, das ist sicher.

Fair im Ungang, hart in der Sache: Ann-Cathrin Simon und Carl Mühlbach.
(Foto: REGINA SCHMEKEN)

Wo kann der Bund sparen, um Geld für die junge Generation locker zu machen?

Carl Mühlbach: Natürlich muss jeder Euro im Haushalt sinnvoll ausgegeben werden. Deutschland ist aber ein gesundes Land, es geht uns im weltweiten Vergleich viel besser als anderen. Wir müssen also nicht radikal kürzen. Es gibt entgegen allem populistischen Geschrei auch keine Milliardenverschwendung, sieht man mal von den Maskendeals des Herrn Spahn ab.

Ann-Cathrin Simon: Ah, jetzt wird’s polemisch. Und auch inhaltlich ist das Unsinn, denn natürlich kann und muss man systematisch sparen. Allein die Sozialsysteme sind ein riesiger Faktor, da müssen wir ran. Seit Jahrzehnten wissen wir, dass wir Jungen die Leidtragenden sein werden, wenn Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung nicht endlich auf stabile Fundamente gestellt werden. Doch niemand wagt sich an Kürzungen ran.

Zusammengefasst sagen Sie, Frau Simon: Wir können die Steuern, also die Staatseinnahmen, nicht erhöhen, weil das der Wirtschaft schaden würde. Und Sie, Herr Mühlbach, sagen: Wir können die Ausgaben nicht

senken, weil Kürzungen die Falschen träfen. Wir stecken also fest.

Carl Mühlbach: Deshalb nehmen wir Schulden auf…

Ann-Cathrin Simon: …und schon sind alle Probleme gelöst.

Kein Kompromiss möglich?

Ann-Cathrin Simon: Doch, klar, in der Demokratie geht es immer um Kompromisse. Nur wie ich schon gesagt habe: Nicht den zweiten Schritt vor dem ersten!

Carl Mühlbach: Der erste Schritt – die Strukturreformen – wird ja kommen.

Ann-Cathrin Simon: Ach ja? Zum Beispiel?

Carl Mühlbach: Lars Klingbeil hat das schon angekündigt.

Klingbeil hat vor allem gesagt, dass Leistungskürzungen etwa für Rentner nicht das sind, was er unter Reformen versteht.

Carl Mühlbach: Natürlich gibt es bei der Rente Probleme, die wir angehen müssen. Das heutige System ist aber kein Komapatient, der ums Leben ringt, wie Ann-Cathrin vorhin gesagt hat. Es hat sich vielleicht den Arm gebrochen.

Ann-Cathrin Simon: Ein System, bei dem die Beiträge steigen und wir zusätzlich immer höhere dreistellige Milliardenbeträge aus dem Bundeshaushalt zuschießen müssen, hat mehr als nur einen simplen Bruch. Das ist komatös. Diese riesigen Zuschüsse verhindern, dass wir an anderer Stelle in die junge Generation investieren.

Carl Mühlbach: Unser Rentensystem steht auf mehreren Säulen, diejenigen, die das finanziell können, sorgen zusätzlich über private Kapitalanlage vor. Als Basis aber gibt es kein besseres System als die Umlagefinanzierung. Deshalb muss sie gestärkt werden, indem wir etwa die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen.

Ann-Cathrin Simon arbeitet bei einer Bank.
(Foto: REGINA SCHMEKEN)

Das ist die Schwelle von derzeit 8050 Euro, bis zu der man Rentenversicherungsbeiträge zahlen muss. Wer also zum Beispiel 10 000 Euro im Monat verdient, kassiert knapp 2000 Euro davon beitragsfrei.

Carl Mühlbach: Ausgerechnet Spitzenverdiener werden privilegiert. Und schlimmer noch: Auf Kapitaleinkünfte werden gar keine Sozialbeiträge fällig. Außerdem muss das Äquivalenzprinzip dringend umgestaltet werden, das besagt, dass der, der doppelt so viel einzahlt, später auch jedes Jahr doppelt viel rausbekommen muss. Spitzenverdiener profitieren davon gleich zweifach: Sie erhalten mehr Rente – und das auch noch deutlich länger als ein ärmerer Mensch. Gutbetuchte haben nämlich eine höhere Lebenserwartung.

Ann-Cathrin Simon: Zuerst also erklärt man jungen Menschen, dass sie privat vorsorgen müssen, weil ihre gesetzliche Rente niemals reichen wird. Und dann kommst Du und sagst denselben jungen Menschen, dass sie auf ihre Kapitaleinkünfte jetzt auch noch Rentenbeiträge zahlen sollen? Das ist doch irrwitzig. Wir sollten schauen, wie wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen verteilen, Stichwort: Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Wir beide, du und ich, wir werden auf jeden Fall länger arbeiten müssen als heute.

Carl Mühlbach: Wir sagen doch beide, dass wir von den älteren zu den jüngeren Generationen umverteilen müssen. Wo aber liegt das ganze Kapital? Fast nur bei den Älteren. Deshalb sollten wir Erbschaften und Vermögen künftig höher und Arbeit niedriger besteuern als heute.

Ann-Cathrin Simon: Wenn wir junge Menschen bewegen wollen, sich anzustrengen, ins Risiko zu gehen, vielleicht ein Unternehmen zu gründen, das die Jobs von morgen schafft, dann dürfen wir keine falschen Anreize setzen. Wenn wir denen sagen, dass sie trotz allem Einsatz kein Haus kaufen können, weil wir ihr gerade erwirtschaftetes Vermögen gleich wieder wegbesteuern, erreichen wir gar nichts.

Glauben Sie beide, dass Sie noch Rente bekommen werden, wenn Sie in 40 Jahren in den Ruhestand gehen?

Ann-Cathrin Simon: Wenn wir das System nicht grundlegend reformieren, dann sehe ich schwarz. Ich werde allerdings dafür kämpfen, dass es nicht so weit kommt. Klar ist, dass die gesetzliche Rente nicht reichen wird. Wir werden also in erheblichem Umfang privat vorsorgen müssen – und da sind wir schon beim nächsten Problem. Viele meiner Freundinnen und Freunde sagen nämlich: Da kenne ich mich nicht aus, deshalb lasse ich lieber die Finger davon. Wir müssen also viel mehr Geld als heute in die finanzielle Bildung junger Menschen investieren.

Carl Mühlbach: Ich werde eine gesetzliche Rente bekommen. Die wird meinen Lebensstandard nicht sichern, aber sie wird mich vor Armut im Alter schützen. Und ja, Du hast Recht, Ann-Cathrin: Finanzbildung ist extrem wichtig. Da sind wir uns ausnahmsweise mal vollkommen einig.

© SZ - Rechte am Artikel können Sie hier erwerben.

Teilen Feedback Drucken

1 Kommentar anzeigen

Bundeshaushalt

„Nichts ist teurer als der Stillstand“

Finanzminister Lars Klingbeil denkt gar nicht daran, sich für den Geldsegen zu entschuldigen, den er bis 2029 über dem Land ausschütten will. Das Preisschild zeigt er nicht so gerne.

Von Claus Hulverscheidt

Lesen Sie mehr zum Thema

Wirtschaftspolitik Rentensystem Generationenkonflikt Leben und Gesells

Mehr zum Thema: Wirtschaftspolitik

Bundesregierung

Katherina Reiche hat einen Plan. Aber welchen?

Die Wirtschaftsministerin ist seit zwei Monaten im Amt und gibt Rätsel auf. Sie trifft sich mit Atomfreunden, zweifelt an Klimazielen und scheint zu wissen, was sie tut. Eine Annäherung an eine energische Politikerin.

SZ Plus **Von Michael Bauchmüller und Claus Hulverscheidt**

Meinung Hitze

Die Regierung nimmt weder Marktwirtschaft noch Klimaschutz richtig ernst

SZ Plus **Kommentar von Lisa Nienhaus**

Trumps Steuerreform

Kommt jetzt der große Crash?

US-Präsident Trump konnte seine „Big Beautiful Bill“

durchsetzen. Er hofft auf einen Wachstumsschub, doch die Finanzmärkte sind unruhig – wegen der hohen Staatsschulden.

SZ Plus **Von Markus Zydra**

Harald Christ

„Wenn die SPD weiter verliert, destabilisiert das die ganze Koalition“

Harald Christ ist eine Art Tausendsassa unter den Hauptstadt-Unternehmern. Er pflegt die Nähe zur Macht wie kaum ein anderer. Nun spürt er zwar den Aufschwung, sagt aber auch: Das ist alles sehr fragil.

SZ Plus **Von Georg Ismar und Vivien Timmler**

Krankschreibungen

In Starnberg sind die Arbeitnehmer am gesündesten

Erhält Wohlstand die Gesundheit? Im reichsten Landkreis Deutschlands sind Arbeitnehmer jedenfalls seltener krank.

„SZ Nachhaltigkeitsgipfel“

Ist ESG gescheitert?

Anleger sollen nur noch in Unternehmen investieren, die ökologisch, sozial und gut geführt sind. Wie steht es um diesen Anspruch im Zeitalter von Donald Trump?

Von Harald Freiberger

SZ Nachhaltigkeitsgipfel

Grüne werfen Regierung „Bankrotterklärung“ beim Klimaschutz vor

Wahlen in einem Bundesland gewinnen, das „Benzin im Blut“ hat? Cem Özdemir und Katharina Dröge machen klar, wie die Grünen in der Klimapolitik wieder offensiver werden wollen.

SZ Plus **Von Markus Balser, Karoline Meta Beisel und Kerstin Bund**

Exklusiv Verteidigung

Regierung will Garantien bei Börsengang von U-Boot-Werften

Die Werftengruppe TKMS ist Weltmarktführer für nicht atomgetriebene U-Boote. Die Firma soll nun an die Börse gehen. Die Bundesregierung will Deutschlands Interessen mit einer besonderen Vereinbarung wahren.

SZ Plus **Von Björn Finke und Georg Ismar**

Klimaschutz

CO_2 abfangen und einspeichern – ist das die Lösung?

Manche Industrien hoffen darauf, ihre Emissionen plötzlich loszuwerden: CO_2 soll abgeschieden, weiterverwendet oder tief im Erdboden versenkt werden. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

SZ Plus **Von Björn Finke und Nakissa Salavati**

US-Notenbankchef Powell

Der Mann, der sich Trump widersetzt, gibt sich sachlich

Nach den Tiraden von US-Präsident Trump stellt der geschmähte amerikanische Notenbankchef Jerome Powell beim EZB-Forum Zinssenkungen in Aussicht.

SZ Plus **Von Markus Zydra**

SZ Nachhaltigkeitsgipfel

Wo es beim Wasserstoff hakt

Die Industrie benötigt das klimafreundliche Gas, doch es geht zu langsam voran und die Kosten sind zu hoch. Wirtschaftsvertreter hoffen nun auf die neue Bundesregierung.

SZ Plus **Von Björn Finke**

Labour-Regierung in Großbritannien

„Wenn ich in No. 10 säße, dann wäre ich besorgt“

Labour gewann unter Keir Starmer vor einem Jahr mit großer Mehrheit die Wahl – nach 14 Jahren Opposition. Inzwischen führen in Umfragen die Rechtspopulisten von Nigel Farage. Wie konnte das passieren? Fragen an Alastair Campbell, einst Kommunikationsstratege von Tony Blair.

SZ Plus **Interview von Michael Neudecker**

EZB-Präsidentin Christine Lagarde

Inflation heute schwieriger zu bekämpfen als früher

EZB-Präsidentin Christine Lagarde warnt aufgrund der weltpolitischen Lage vor künftig stark schwankenden Preisen.

SZ Plus **Von Markus Zydra**

US-Haushalt

Letzte Hürden für Trumps teure Pläne

Steuersenkungen, weniger Sozialleistungen, mehr

Schulden – selbst unter Republikanern ist Donald Trumps Haushaltsentwurf umstritten, Elon Musk spricht von „politischem Selbstmord“. Jetzt hat der Senat knapp zugestimmt - dank Vizepräsident J.D. Vance.

SZPlus **Von Peter Burghardt**

Ehemaliger DGB-Chef

Der Vater des Mindestlohns ist tot

Mehr als zehn Jahre stand Michael Sommer an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nun ist er im Alter von 73 Jahren gestorben.

SZPlus **Von Detlef Esslinger**

Zur Themenseite →

VERLAGSANGEBOT

SZ Stellenmarkt

Entdecken Sie attraktive Jobs

In anspruchsvollen Berufsfeldern im Stellenmarkt der SZ.

Medizin, Gesundheit & Soziales
Consulting & Beratung
Fahrzeugbau & Zulieferer
Tech. Entwicklung & Konstruktion
Marketing, PR & Werbung
IT/TK Softwareentwicklung

Tech. Management & Projektplanung

Vertrieb, Verkauf & Handel

Forschung & Entwicklung

Jetzt entdecken →

Sie möchten die digitalen Produkte der SZ mit uns weiterentwickeln? Bewerben Sie sich jetzt!

Jobs bei der SZ Digitale Medien

ANZEIGE

GUTSCHEINE

Gutscheine & Angebote
Die besten Rabatte im Überblick!

eBay
Gutscheine für jede Kategorie

OTTO
Gutscheincodes für Rabatt auf Top Marken

Zur SZ-Startseite

Süddeutsche Zeitung

SZ Abonnements:

AGB Datenschutz Datenschutz-Einstellungen Abo kündigen

Vertrag mit Werbung:

Vertragsbedingungen Datenschutz Cookie-Policy Vertrag mit Werbung kündigen
Widerruf nach Fernabsatzgesetz Widerspruch

Utiq verwalten

Kontakt und Impressum